

## **747 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP**

---

Ausgedruckt am 26. 9. 2001

# **Regierungsvorlage**

## **Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Republik Moldau über die Förderung und den Schutz von Investitionen**

### **ABKOMMEN**

#### **zwischen der Republik Österreich und der Republik Moldau über die Förderung und den Schutz von Investitionen**

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE REPUBLIK MOLDAU, im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen,

IN DER ERKENNTNIS, daß die Förderung und der Schutz von Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme solcher Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

#### **Artikel 1**

##### **Definitionen**

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) umfaßt der Begriff „Investition“ alle Vermögenswerte, und insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Zurückbehaltungsrechte, Pfandrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
- b) Anteilsrechte und andere Arten von Beteiligungen an Unternehmen;
- c) Ansprüche auf Geld, das übergeben wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
- d) geistige und gewerbliche Schutzrechte, wie sie in den im Rahmen der Weltorganisation für Geistiges Eigentum abgeschlossenen multilateralen Abkommen definiert wurden, einschließlich, aber nicht beschränkt auf Urheberrechte, Handelsmarken, Erfinderpatepte, gewerbliche Modelle sowie technische Verfahren, Know-how, Handelsgeheimnisse, Handelsnamen und Goodwill;
- e) öffentlichrechtliche Konzessionen für die Aufsuchung, den Abbau oder die Gewinnung von Naturschätzen.

(2) bezeichnet der Begriff „Investor“  
in bezug auf die Republik Österreich

- a) jede natürliche Person, die Staatsangehöriger der Republik Österreich in Übereinstimmung mit deren Gesetzen ist und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- b) jede juristische Person oder Personengesellschaft, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Republik Österreich geschaffen wurde, ihren Sitz in deren Hoheitsgebiet hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- c) jede juristische Person oder Personengesellschaft, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer der Vertragsparteien oder eines dritten Staates geschaffen wurde und in der ein unter a) oder b) genannter Investor einen maßgeblichen Einfluß ausübt;

in bezug auf die Republik Moldau

- a) jede natürliche Person, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Republik Moldau Staatsangehöriger der Republik Moldau ist und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt.
- b) jede juristische Person, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der Republik Moldau gegründet worden ist, ihren Sitz in deren Hoheitsgebiet hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt.

(3) bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Zinsen, Kapitalzuwächse, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte.

(4) umfaßt der Begriff „Enteignung“ auch die Verstaatlichung oder jede sonstige Maßnahme mit gleicher Wirkung.

(5) bezeichnet „ohne ungebührliche Verzögerung“ den für die Erfüllung der notwendigen Formalitäten bei Transferzahlungen üblicherweise erforderlichen Zeitraum. Dieser Zeitraum beginnt mit dem Tag, an dem der Antrag auf Transferzahlung gestellt wird, und darf ein Monat keinesfalls überschreiten.

(6) bezeichnet „Hoheitsgebiet“ das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, einschließlich des Küstenmeeres und jedes Meeresgebietes außerhalb des Küstenmeeres dieser Vertragspartei, in dem die Vertragspartei in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht souveräne Rechte und Zuständigkeit ausübt.

## **Artikel 2**

### **Förderung und Schutz der Investitionen**

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet die Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese Investitionen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Investitionen gemäß Artikel 1 Absatz 1 und ihre Erträge genießen den vollen Schutz dieses Abkommens. Gleiches gilt, unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1, im Falle einer Wiederanverlangung solcher Erträge auch für deren Erträge. Die rechtliche Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition gelten als neue Investitionen.

## **Artikel 3**

### **Behandlung von Investitionen**

(1) Jede Vertragspartei behandelt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren und deren Investitionen oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(2) Die Bestimmungen gemäß Absatz 1 können nicht dahingehend ausgelegt werden, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privileges einzuräumen, welcher sich ergibt aus

- a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft;
- b) einem internationalen Abkommen, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen;
- c) einer Regelung zur Erleichterung des Grenzverkehrs.

## **Artikel 4**

### **Entschädigung**

(1) Investitionen von Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen Entschädigung enteignet werden.

(2) Die Entschädigung muß dem gerechten Marktwert der Investition entsprechen, wie er sich aus anerkannten Bewertungsgrundsätzen ergibt, wie: investiertes Kapital, Wiederbeschaffungswert, Wertzunahme, laufende Erträge, Goodwill und andere wesentliche Faktoren, und zwar unmittelbar vor dem oder zu dem Zeitpunkt, in dem die Entscheidung über die Enteignung angekündigt oder die bevorstehende Enteignung öffentlich bekannt wurde, je nachdem welcher früher liegt. Falls sich die Zahlung der Entschädigung verzögert, ist die Entschädigung in einer Höhe zu leisten, die den Investor nicht in eine

ungünstigere Lage bringt, als die, in der er sich befunden hätte, wäre die Entschädigung unmittelbar zum Zeitpunkt der Enteignung geleistet worden. Um dieses Ziel zu erreichen, umfaßt die Entschädigung auch Zinsen vom Zeitpunkt der Enteignung bis zum Zeitpunkt der Zahlung zum handelsüblichen Zinssatz, der jedoch auf keinen Fall niedriger liegen darf als die gültige LIBOR-Rate oder das Äquivalent dazu. Die letztlich festgelegte Entschädigung wird an den Investor unverzüglich in frei konvertierbarer Währung geleistet und wird ohne Verzögerung frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(3) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die in Anwendung von Artikel 1 Absatz 2 dieses Abkommens als eine Gesellschaft dieser Vertragspartei anzusehen ist, und an welcher ein Investor der anderen Vertragspartei Anteilsrechte besitzt, so wendet sie die Bestimmungen des Absatzes 1 dergestalt an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, überprüfen zu lassen.

(5) Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe der Entschädigung und die Zahlungsmodalitäten entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 9 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

## **Artikel 5**

### **Entschädigung für Schaden oder Verlust**

(1) Falls Investitionen von Investoren einer der beiden Vertragsparteien einen Schaden oder Verlust auf Grund eines Krieges oder anderer bewaffneter Konflikte, eines nationalen Notstandes, einer Revolte, von Unruhen, eines Aufstandes, von Aufruhr oder sonstiger ähnlicher Ereignisse im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei erleiden, wird ihnen hinsichtlich Rückerstattung, Schadloshaltung, Entschädigung oder anderer Regelung seitens der letztgenannten Vertragspartei eine nicht weniger günstige Behandlung gewährt, als jene, die die letztgenannte Vertragspartei ihren eigenen Investoren oder Investoren eines Drittstaates gewährt, je nachdem, welche die günstigste ist.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 erhalten Investoren einer Vertragspartei, die bei irgendeinem in dem genannten Absatz angeführten Ereignis auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einen Schaden oder Verlust durch

- a) Beschlagnahme ihres Eigentums oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Organe der letzteren Vertragspartei,
- b) Blockieren lebenswichtiger Zufuhren durch die letztere Vertragspartei oder
- c) Zerstörung ihres Eigentums oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Organe der letztgenannten Vertragspartei

erleiden, wobei dies nicht durch Kampfhandlungen verursacht wurde oder unter den gegebenen Umständen nicht erforderlich war, umgehende Rückerstattung oder umgehende und angemessene Entschädigung, wenn eine Rückerstattung für den erlittenen Schaden oder Verlust nicht möglich ist. Daraus erfolgende Zahlungen sind in einer frei konvertierbaren Währung zu leisten und sind ohne ungebührliche Verzögerung frei transferierbar.

## **Artikel 6**

### **Transfer**

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, insbesondere, aber nicht ausschließlich,

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Erweiterung der Investition;
- b) von Beträgen, die zur Abdeckung von Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung der Investition bestimmt waren;
- c) der Erträge;
- d) der Rückzahlung von Darlehen;
- e) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- f) einer Entschädigung gemäß Artikel 4 Absatz 1 dieses Abkommens;
- g) Zahlungen auf Grund einer Streitbeilegung.

(2) Die Zahlungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Transferzahlung im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, von der aus der Transfer vorgenommen wird, gelten.

(3) Die Wechselkurse werden entsprechend den Notierungen an den im Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei befindlichen Börsen bzw. subsidiär von dem jeweiligen Bankensystem im Hoheitsgebiet jeder der Vertragsparteien festgelegt. Die Bankgebühren werden gerecht und angemessen sein.

#### **Artikel 7**

##### **Eintrittsrecht**

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hierzu ermächtigte Institution ihrem Investor Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so anerkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9 dieses Abkommens und der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10 dieses Abkommens, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei. Ferner anerkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer der an die betreffende Vertragspartei auf Grund der übertragenen Rechte zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 4, 5 und 6 dieses Abkommens sinngemäß.

#### **Artikel 8**

##### **Andere Verpflichtungen**

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei hält jede vertragliche Verpflichtung ein, die sie gegenüber einem Investor der anderen Vertragspartei in bezug auf von ihr genehmigte Investitionen in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

#### **Artikel 9**

##### **Beilegung von Investitionsstreitigkeiten**

(1) Entstehen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition, so werden diese so weit wie möglich zwischen den Streitparteien freundschaftlich beigelegt.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von sechs Monaten ab dem Erhalt einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei den folgenden Verfahren unterworfen:

- a) einem Vergleichs- oder Schiedsverfahren vor dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten, das auf Grund des Übereinkommens zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten, aufgelegt zur Unterzeichnung in Washington am 18. März 1965, eingerichtet wurde. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen der Vertragspartei und dem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im vorhinein zu, solche Meinungsverschiedenheiten dem genannten Zentrum zu unterbreiten. Diese Zustimmung beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, daß die innerstaatlichen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft worden sind; oder
- b) einem Schiedsverfahren durch drei Schiedsrichter gemäß den UNCITRAL-Schiedsregeln in der jeweils zum Zeitpunkt des Verlangens nach Einleitung des Schiedsverfahrens nach der letzten von beiden Vertragsparteien angenommenen Abänderung geltenden Fassung. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen der Vertragspartei und dem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im vorhinein zu, solche Meinungsverschiedenheiten dem genannten Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Der Schiedsspruch ist endgültig und bindend; er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt; jede Vertragspartei stellt die Anerkennung und Durchsetzung des Schiedsspruches in Übereinstimmung mit ihren einschlägigen Rechtsvorschriften sicher.

(4) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedsspruchs als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund einer Garantie eine Entschädigung bezüglich aller oder Teile seiner Verluste erhalten habe.

#### **Artikel 10**

##### **Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien**

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Antrag einer der Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall wie folgt gebildet: jede Vertragspartei bestellt ein Mitglied und beide Mitglieder einigen sich auf einen Staatsangehörigen eines Drittstaates als Vorsitzenden. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(4) Wurden die in Absatz 3 festgelegten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident des Internationalen Gerichtshofes die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert diese Funktion auszuüben, so kann der Vizepräsident, oder im Falle seiner Verhinderung, das dienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht beschließt seine eigene Verfahrensordnung.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; der Schiedsspruch ist endgültig und bindend.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Rechtsvertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch in seinem Schiedsspruch eine andere Kostenregelung treffen.

#### **Artikel 11**

##### **Anwendung dieses Abkommens**

(1) Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben oder vornehmen werden.

(2) Die Vertragsparteien sind durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem jeweils geltenden Rechtsbestand der Europäischen Union (EU) nicht vereinbar ist.

(3) Im Falle von Unklarheiten hinsichtlich der Auswirkungen des Absatzes 2 werden die Vertragsparteien in einen diesbezüglichen Dialog eintreten.

#### **Artikel 12**

##### **Inkrafttreten und Dauer**

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem der Austausch der Ratifikationsurkunden stattgefunden hat.

(2) Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft. Nach deren Ablauf wird es auf unbestimmte Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

(3) Für Investitionen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 11 dieses Abkommens noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Chisinau, am 5. Juni 2001, in zwei Urschriften, jede in deutscher und moldauischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik Österreich:

**Vetter von der Lilie**

Für die Republik Moldau:

**Andrei Cucu**

## ACORD

### între Republica Austria și Republica Moldova privind promovarea și protejarea investițiilor

REPUBLICA AUSTRIA și REPUBLICA MOLDOVA, denumite în continuare „Părți contractante“,

DORIND să creeze condiții favorabile pentru o extindere mai largă a colaborării economice între cele două Părți contractante,

CONȘTIINȚĂ DE FAPTUL că promovarea și protejarea investițiilor pot întări disponibilitatea de a efectua asemenea investiții și prin aceasta ar aduce o contribuție importantă la dezvoltarea relațiilor economice,

AU CONVENIT ÎN CELE CE URMEAZĂ:

#### Articolul 1

##### Definiții

În scopul prezentului Acord:

- (1) noțiunea „Investiție“ include toate valorile patrimoniale, în special, dar nu în exclusivitate:
  - (a) proprietatea mobilă, imobilă, precum și alte feluri de drepturi reale, ca ipotecile, drepturi de reținere, gajurile, drepturi de uzufruct și drepturi similare;
  - (b) părți și alte tipuri de participare la întreprinderi;
  - (c) creanțele privind banii, care au fost transmiși pentru a crea o valoare economică, sau creanțele privind prestațiile, care au o valoare economică;
  - (d) drepturile de proprietate intelectuală și industrială, definite în acordurile multilaterale încheiate în cadrul Organizației Mondiale pentru Proprietatea Intelectuală, în special, dar nu în exclusivitate: drepturile de autor, mărcile comerciale, brevetele, modelele industriale, precum și procedeele tehnice, know-how-ul, secretele comerciale, numele comerciale și goodwill-ul;
  - (e) concesiuni de drept public în vederea explorării, extragerii sau exploatarei resurselor naturale;

(2) noțiunea „Investitor“ desemnează:

cu referință la Republica Austria:

- (a) orice persoană fizică, care în conformitate cu prevederile legale ale Republicii Austria deține cetățenia Republicii Austria, și efectuează o investiție pe teritoriul celeilalte Părți contractante;
- (b) orice persoană juridică sau societate de persoane constituită în conformitate cu legislația Republicii Austria și având sediul pe teritoriul său care efectuează o investiție pe teritoriul celeilalte Părți contractante;
- (c) orice persoană juridică sau societate de persoane constituită în conformitate cu prevederile legislației uneia dintre Părțile contractante sau a unei țări terțe, în care unul dintre investitorii nominalizați în punctele (a) și (b) exercită o influență de conducere;

cu referință la Republica Moldova:

- (a) orice persoană fizică, care în conformitate cu prevederile legale ale Republicii Moldova deține cetățenia Republicii Moldova și efectuează o investiție pe teritoriul celeilalte Părți contractante;
- (b) orice persoană juridică constituită în conformitate cu legislația Republicii Moldova și având sediul pe teritoriul său, care efectuează o investiție pe teritoriul celeilalte Părți contractante;

(3) noțiunea „Venituri“ definește câștigurile obținute din investiții și, în special, dar nu în exclusivitate, profiturile, dobânzile, creșterile de capital, dividendele, tantiemele, taxele de licențe și alte remunerări;

(4) noțiunea „Expropriere“ include și naționalizarea sau orice altă măsură cu efecte similare;

(5) noțiunea „fără întârziere nejustificată“ înseamnă îndeplinirea formalităților necesare pentru transferarea plăților într-o perioadă de timp util. Această perioadă se va începe cu ziua în care se va depune cererea de a transfera plata și nici într-un caz nu poate depăși o lună de zile.

(6) Noțiunea „Teritoriu“ înseamnă teritoriul părții contractante, inclusiv marea teritorială și orice spațiu maritim în afara mărilor teritoriale a părții contractante, în care Partea contractantă exercită, în conformitate cu dreptul internațional, drepturi suverane și jurisdicție.

## Articolul 2

### Promovarea și protejarea investițiilor

(1) Fiecare Parte contractantă va promova, în măsura posibilităților, în teritoriul său investițiile investitorilor celeilalte părți contractante, va admite aceste investiții în conformitate cu legislația sa și, în fiecare caz, le va acorda un tratament just și echitabil.

(2) Investițiile conform articolului 1, alineatul 1, și veniturile provenite din acestea vor beneficia de protejarea deplină a prezentului Acord. Același lucru e valabil, fără a prejudicia prevederile alineatului 1, și în cazul reinvestirii unor astfel de venituri, precum și a veniturilor derivate din acestea. Extinderea, modificarea sau transformarea unei investiții din punct de vedere juridic va fi tratată ca o nouă investiție.

## Articolul 3

### Tratarea investițiilor

(1) Fiecare Parte contractantă va trata investitorii celeilalte părți contractante și investițiile acestora nu mai puțin favorabil decât investitorii proprii și investițiile lor sau decât investitorii unei terțe părți și investițiile lor.

(2) Prevederile conform alineatului 1 nu pot fi interpretate în sensul de a obliga o Parte contractantă să acorde investitorilor celeilalte părți contractante și investițiilor acestora un avantaj prezent sau viitor al unui tratament, preferință sau privilegiu, rezultând din:

- (a) o uniune vamală, o piață comună, o zonă de comerț liber sau apartenența la o comunitate economică;
- (b) un acord internațional, o înțelegere interstatală sau o normă internă privind impozitele;
- (c) un regulament privind facilitarea traficului de frontieră.

## Articolul 4

### Compensație

(1) Investițiile investitorilor unei părți contractante nu pot fi supuse exproprierii pe teritoriul celeilalte părți contractante decât în interes public în baza unei proceduri legale, fiind compensate.

(2) Compensația trebuie să corespundă valorii de piață juste a investiției imediat anterioare momentului sau în momentul când hotărârea exproprierii este anunțată sau când exproprierea iminentă a devenit cunoscută public, în funcție de ce se întâmplă înainte, așa cum rezultă din principiile recunoscute de evaluare, care cuprind: capitalul investit, valoarea reprocurării, creșterea în valoare, profiturile curente, goodwill-ul și alți factori relevanți. În cazul, când plata compensației se va întârzia, compensația va fi de o așa mărime, care nu-l va pune pe investitor într-o situație mai dezavantajoasă decât atunci, când această compensație ar fi fost vărsată imediat la momentul exproprierii. Pentru a atinge acest scop, compensația va include și dobânzi la procente obișnuite, dar, totuși, în orice caz, nu mai mici decât rata LIBOR sau echivalentul ei, din momentul exproprierii și până la momentul plății. Compensația stabilită definitiv va fi vărsată investitorului imediat în valuta liber convertibilă și va fi liber transferabilă fără întârziere. Fixarea și vărsarea compensației trebuie prevăzute într-o manieră adecvată, cel mai târziu în momentul exproprierii.

(3) În caz, dacă o Parte contractantă expropriează activele unei societăți, care, conform articolului 1, alineatul 2, al prezentului Acord, este considerată ca fiind o societate a acestei părți contractante și în care un investitor al celeilalte părți contractante deține cote-părți, atunci se aplică prevederile alineatului 1 în așa fel încât să fie asigurat o compensație corespunzătoare pentru acest investitor.

(4) Investitorul are dreptul s<sup>o</sup> solicite reexaminarea legalit<sup>o</sup>ii expropri<sup>o</sup>rii prin organele competente ale P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante care a dispus exproprierea.

(5) Investitorul are dreptul s<sup>o</sup> solicite reexaminarea m<sup>o</sup>rimii compensa<sup>o</sup>iei <sup>o</sup>i modalit<sup>o</sup>ilor de plat<sup>o</sup> fie prin organele de resort ale P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante, care a dispus exproprierea, fie prin intermediul unei Cur<sup>o</sup>i Interna<sup>o</sup>ionale de Arbitraj, <sup>o</sup>n conformitate cu articolul 9 al prezentului Acord.

### Articolul 5

#### Compensa<sup>o</sup>ia pentru prejudicii sau pierderi

(1) Dac<sup>o</sup> investi<sup>o</sup>iiile investitorilor uneia dintre ambele P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante sufer<sup>o</sup> o daun<sup>o</sup> sau o pierdere pe teritoriul celeilalte P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante, cauzate de r<sup>o</sup>zboi sau de alte conflicte armate, de o stare de urgen<sup>o</sup> national<sup>o</sup>, revolt<sup>o</sup>, tumult, r<sup>o</sup>scoal<sup>o</sup> sau evenimente similare, li se asigur<sup>o</sup> un tratament privind restituirea, desp<sup>o</sup>gubirea, compensa<sup>o</sup>ia sau alt<sup>o</sup> reglare din partea ultimei P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante, nu mai pu<sup>o</sup>in favorabil dec<sup>o</sup>t acela, pe care ultima Parte contractant<sup>o</sup> il asigur<sup>o</sup> propriilor investitori sau investitorilor unui stat ter<sup>o</sup>, <sup>o</sup>n func<sup>o</sup>ie de cel care este mai favorabil.

(2) Indiferent de alineatul 1, investitorii unei P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante, care au suferit o daun<sup>o</sup> sau pierdere pe teritoriul celeilalte P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante cauzat<sup>o</sup> de unul din evenimentele enumerate <sup>o</sup>n alineatul men<sup>o</sup>ionat prin:

- (a) confiscarea propriet<sup>o</sup>ii lor sau a unei p<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i a acesteia de c<sup>o</sup>tre for<sup>o</sup>ele armate sau organele ultimei P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante,
- (b) blocarea aprovizion<sup>o</sup>rilor vital importante de c<sup>o</sup>tre ultima Parte contractant<sup>o</sup> sau,
- (c) distrugerea propriet<sup>o</sup>ii lor sau a unei p<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i a acesteia de c<sup>o</sup>tre for<sup>o</sup>ele armate sau organele ultimei P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante, nefiind aceasta cauzat<sup>o</sup> de ostilit<sup>o</sup>ii militare sau nefiind necesar<sup>o</sup> <sup>o</sup>n circumstan<sup>o</sup>ele create,

primesc restituire imediat<sup>o</sup> sau o compensa<sup>o</sup>ie imediat<sup>o</sup> <sup>o</sup>i adecvat<sup>o</sup>, dac<sup>o</sup> nu este posibil<sup>o</sup> o restituire pentru dauna sau pierderea suferit<sup>o</sup>. Pl<sup>o</sup>oile rezultate urmeaz<sup>o</sup> s<sup>o</sup> fie efectuate <sup>o</sup>n valut<sup>o</sup> liber convertibil<sup>o</sup> <sup>o</sup>i s<sup>o</sup> fie liber transferabile f<sup>o</sup>r<sup>o</sup> <sup>o</sup>nt<sup>o</sup>ziere nejustificat<sup>o</sup>.

### Articolul 6

#### Transferul

(1) Fiecare Parte contractant<sup>o</sup> va garanta investitorilor celeilalte P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante liberul transfer f<sup>o</sup>r<sup>o</sup> <sup>o</sup>nt<sup>o</sup>ziere nejustificat<sup>o</sup>, <sup>o</sup>n valut<sup>o</sup> liber convertibil<sup>o</sup>, al pl<sup>o</sup>oilor <sup>o</sup>n leg<sup>o</sup>tur<sup>o</sup> cu o investi<sup>o</sup>ie, <sup>o</sup>n special, <sup>o</sup>n nu <sup>o</sup>n exclusivitate,

- (a) al capitalului <sup>o</sup>i al sumelor suplimentare destinate men<sup>o</sup>inerii sau extinderii investi<sup>o</sup>iei;
- (b) al sumelor destinate acoperirii cheltuielilor legate de administrarea investi<sup>o</sup>iei;
- (c) al veniturilor;
- (d) al sumelor destinate ramburs<sup>o</sup>rii <sup>o</sup>mprumuturilor;
- (e) al sumelor rezultate din lichidarea total<sup>o</sup> sau par<sup>o</sup>ial<sup>o</sup> sau din <sup>o</sup>nstr<sup>o</sup>inarea investi<sup>o</sup>iei;
- (f) al desp<sup>o</sup>gubirilor prev<sup>o</sup>zute de articolul 4, alineatul 1, al prezentului Acord;
- (g) al pl<sup>o</sup>oilor <sup>o</sup>n baza aplan<sup>o</sup>rii unui conflict.

(2) Pl<sup>o</sup>oile conform prezentului articol se vor efectua la cursul de schimb din ziua, <sup>o</sup>n care se realizeaz<sup>o</sup> plata transferului pe teritoriul P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante, de la care acestea se efectueaz<sup>o</sup>.

(3) Cursul de schimb va fi stabilit <sup>o</sup>n conformitate cu cot<sup>o</sup>urile burselor de pe teritoriul fiec<sup>o</sup>rei P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante sau <sup>o</sup>n subsidiar cot<sup>o</sup>urile, care corespund sistemului bancar de pe teritoriul fiec<sup>o</sup>rei P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante. Taxele bancare vor fi juste <sup>o</sup>i potrivite.

### Articolul 7

#### Subrogarea

Dac<sup>o</sup> o Parte contractant<sup>o</sup> sau una din institu<sup>o</sup>iiile <sup>o</sup>mputernicite ale ei efectueaz<sup>o</sup> pl<sup>o</sup>oii investitorului s<sup>o</sup>u <sup>o</sup>n baza unei garan<sup>o</sup>ii pentru o investi<sup>o</sup>ie pe teritoriul altei P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante, cealalt<sup>o</sup> Parte contractant<sup>o</sup> recunoa<sup>o</sup>te, f<sup>o</sup>r<sup>o</sup> ca s<sup>o</sup> limiteze drepturile investitorului P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante <sup>o</sup>nt<sup>o</sup> numite din articolul 9 al prezentului Acord <sup>o</sup>i drepturile P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante <sup>o</sup>nt<sup>o</sup> numite din articolul 10 al prezentului Acord, transmiterea tuturor drepturilor sau preten<sup>o</sup>ilor acestui investitor <sup>o</sup>n baza legii sau a tratativelor juridice asupra primei P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante. De asemenea cealalt<sup>o</sup> Parte contractant<sup>o</sup> recunoa<sup>o</sup>te subrogarea P<sup>o</sup>r<sup>o</sup>i contractante <sup>o</sup>nt<sup>o</sup> numite <sup>o</sup>n toate aceste drepturi sau preten<sup>o</sup>ii, pe care Partea contractant<sup>o</sup> <sup>o</sup>nt<sup>o</sup> numit<sup>o</sup> are dreptul s<sup>o</sup> le exercite <sup>o</sup>n aceea<sup>o</sup>i m<sup>o</sup>sur<sup>o</sup> ca <sup>o</sup>i predecesorul s<sup>o</sup>u de drept.

Pentru transferul plĂoșilor datorate respectivei PĂrĂi contractante pe baza drepturilor subrogate, se aplicĂ prin analogie articolele 4, 5 Ăi 6 ale prezentului Acord.

### **Articolul 8**

#### **Alte obligaĂii**

(1) În cazul, în care rezultĂ din prevederile legale ale uneia dintre PĂrĂile contractante sau în baza unor obligaĂii de drept internaĂional, care existĂ pe lângĂ prezentul Acord între PĂrĂile contractante sau urmeazĂ sĂ se stabileascĂ în viitor, o reglementare generalĂ sau specialĂ în baza cĂreia investiĂiile investitorilor celeilalte PĂrĂi contractante trebuie sĂ fie tratate mai favorabil decĂt prevede prezentul Acord, atunci respectiva reglementare are prioritate faĂĂ de prezentul Acord în mĂsura, în care este mai favorabilĂ.

(2) Fiecare Parte contractantĂ va respecta orice obligaĂie contractualĂ, pe care Ăi-a asumat-o faĂĂ de un investitor al celeilalte PĂrĂi contractante în legĂturĂ cu investiĂiile agreeate pe teritoriul sĂu.

### **Articolul 9**

#### **Reglementarea diferendelor legate de investiĂii**

(1) Diferendele legate de investiĂii apĂrute între o Parte contractantĂ Ăi un investitor al celeilalte PĂrĂi contractante se vor reglementa, pe cĂt posibil, între pĂrĂile implicate pe cale amiabilĂ.

(2) DacĂ un diferend conform alineatului 1 nu poate fi reglementat în decurs de Ăase luni de la data notificĂrii scrise a pretenĂiilor suficient definite, Diferendul va fi supus, la cererea PĂrĂii contractante sau al investitorului celeilalte PĂrĂi contractante:

- (a) unui proces de conciliere sau arbitrare la Centrul InternaĂional pentru Reglementarea Diferendelor legate de InvestiĂii, instituit prin ConvenĂia privind Reglementarea Diferendelor legate de InvestiĂii între State Ăi CetĂĂenii altor State, deschisĂ spre semnare la Washington la 18 martie 1965. În cazul unui proces de arbitrare, fiecare Parte contractantĂ Ăi va da prin acest acord consimĂĂmĂntul ireversibil anticipat ca diferendele legate de investiĂii dintre o Parte contractantĂ Ăi un investitor sĂ fie supuse Centrului menĂionat chiar Ăi fĂrĂ existenĂa unei înĂelegeri individuale de arbitraj între Partea contractantĂ Ăi investitor. Acest consimĂĂmĂnt conĂine renunĂarea la solicitarea cĂ procedurile interne administrative sau judecĂtoreĂti au fost epuizate; sau
- (b) unui proces de arbitrare compus din trei arbitri, conform regulilor de arbitraj ale UNCITRAL, care sunt în vigoare Ăi conĂin ultima schimbare acceptatĂ de ambele PĂrĂi contracante la momentul cererii de a deschide procesul de arbitrare. În cazul unui proces de arbitrare, fiecare Parte contractantĂ Ăi dĂ prin acest acord consimĂĂmĂntul ireversibil anticipat ca diferendele legate de investiĂii dintre o Parte contractantĂ Ăi un investitor sĂ fie supuse arbitrajului menĂionat chiar Ăi fĂrĂ existenĂa unei înĂelegeri individuale de arbitraj între Partea contractantĂ Ăi investitor.

(3) HotĂrĂrea arbitrajului este definitivĂ Ăi obligatorie: ea va fi executatĂ conform legislaĂiei naționale; fiecare Parte contractantĂ va asigura recunoaĂterea Ăi îndeplinirea hotĂrĂrii de arbitraj în conformitate cu prevederile legale respective.

(4) Partea contractantĂ implicatĂ în diferend nu poate la nici o etapĂ a procesului de conciliere sau arbitrare sau a executĂrii hotĂrĂrii arbitrale sĂ foloseascĂ ca argument faptul, cĂ investitorul, care reprezintĂ partea adversĂ în diferend, în baza unei garanĂii a primit o despĂgubire parĂialĂ sau totalĂ a pagubei suferite.

### **Articolul 10**

#### **Reglementarea diferendelor dintre PĂrĂile contractante**

(1) Diferendele dintre PĂrĂile contractante referitoare la interpretarea sau aplicarea acestui Acord se vor reglementa, în mĂsura posibilitĂĂilor, prin tratative amiabile.

(2) DacĂ un diferend potrivit alineatului 1 nu va fi reglementat timp de Ăase luni, la solicitarea uneia dintre PĂrĂile contractante, va fi supus unui tribunal de arbitraj.

(3) Tribunalul de arbitraj va fi constituit de la caz la caz, precum urmeazĂ: fiecare Parte contractantĂ va numi un membru Ăi ambii membri vor conveni asupra unui cetĂĂean al unui stat terĂ în calitate de preĂedinte. Membrii vor fi numiĂi în decurs de douĂ luni de la data, la care una dintre

10

747 der Beilagen

Părțile contractante a notificat celeilalte intenția sa de a supune diferendul unui tribunal de arbitraj. Președintele va fi numit în decursul celor două luni următoare.

(4) În cazul, în care termenii prevăzuți în alineatul 3, nu vor fi respectați, în lipsa altei înțelegeri, fiecare Parte contractantă poate să se adreseze Președintelui Curții Internaționale de Justiție pentru a face numirile necesare. Dacă Președintele Curții Internaționale de Justiție este cetățean al uneia dintre Părțile contractante sau, din alte motive, este împiedicat să exercite această funcție, atunci Vicepreședintele sau, în cazul în care acesta este împiedicat, membrul Curții Internaționale de Justiție, care urmează în ordinea ierarhică va fi invitat în aceleași condiții să facă numirile necesare.

(5) Tribunalul de arbitraj determină singur propria procedură.

(6) Tribunalul de arbitraj adoptă deciziile în baza prezentului Acord, precum și în baza regulilor general recunoscute ale dreptului internațional. Deciziile se adoptă prin majoritate de voturi, sunt definitive și obligatorii.

(7) Fiecare Parte contractantă suportă cheltuielile legate de membrul său și reprezentarea sa la procedura de arbitraj. Cheltuielile legate de președinte, precum și celelalte cheltuieli, vor fi suportate de către ambele Părți contractante în părți egale. Tribunalul poate totuși să stabilească o altă modalitate de repartizare a cheltuielilor prin hotărârea sa.

## Articolul 11

### Aplicarea prezentului Acord

(1) Prezentul Acord se aplică investițiilor care în conformitate cu legislația celeilalte Părți contractante au fost efectuate de către investitorii unei Părți contractante pe teritoriul celeilalte Părți contractante înainte sau după intrarea acestuia în vigoare.

(2) Părțile contractante nu sunt obligate prin prezentul acord în măsura în care acest lucru nu este compatibil cu legislația respectivă în vigoare a Uniunii Europene (UE).

(3) În cazul înclărităților privind acțiunile alineatului 2, Părțile contractante vor iniția un dialog.

## Articolul 12

### Intrarea în vigoare și durata

Prezentul Acord trebuie să fie ratificat și va intra în vigoare în prima zi a lunii a treia, care urmează după luna, în care a avut loc schimbul instrumentelor de ratificare.

Acordul va rămâne în vigoare pentru zece ani. Pe urmă va fi prelungit pentru o perioadă nelimitată și poate să fie denunțat de către fiecare Parte contractantă printr-o notificare în scris prin canale diplomatice, respectând termenul de denunțare de douăsprezece luni.

Pentru investițiile, care au fost efectuate până la momentul încetării valabilității prezentului Acord, prevederile articolelor de la 1 până la 11 ale prezentului Acord, continuă să fie aplicate pentru încă o perioadă de douăzeci de ani, începând cu data încetării valabilității Acordului.

ÎNTOCMIT la Chisinau, la 05 iunie 2001, în două exemplare originale, fiecare în limbile moldovenească și germană, ambele texte fiind egal autentice.

Pentru Republica Austria:

**Vetter von der Lilie**

Pentru Republica Moldova:

**Andrei Cucu**

### **Vorblatt**

**Problem:**

Die Förderung und der Schutz von Investitionen im Ausland wird von den innerstaatlichen Rechtsnormen des ausländischen Staates geregelt, ohne dass der Heimat- oder Sitzstaat des Investors ein Recht hat, effiziente Schutzfunktionen auszuüben. Dies kann sich hemmend auf die im beiderseitigen Interesse liegende Investitionsbereitschaft auswirken.

**Problemlösung:**

Das vorliegende Abkommen hat die Förderung und den Schutz von Investitionen zum Gegenstand und regelt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ua. die Entschädigungspflicht bei Enteignungen, die Frage von Überweisungen und Formen der Streitbeilegung. Das Abkommen beruht auf dem Prinzip der Meistbegünstigung und Inländergleichbehandlung – ausgenommen Vorteile, die sich aus Integrationsmaßnahmen ua. ergeben. Auf Grund dieses Vertragsinstrumentes ist jede Vertragspartei in der Lage, die Rechte ihres Investors im Investitionsland sicherzustellen und zu vertreten.

**Alternativen:**

Keine.

**Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich:**

Die Erhöhung der Rechtssicherheit für österreichische Investoren im Ausland erhöht auch die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Österreich.

**Kosten:**

Keine. Mit der Vollziehung des Abkommens ist weder ein vermehrter Sachaufwand noch ein zusätzlicher Personalaufwand verbunden.

**Konformität mit EU-Recht:**

Die Vereinbarkeit mit dem EU-Recht ist gegeben, da die Mitgliedstaaten weiterhin grundsätzlich zum Abschluss solcher Abkommen zuständig sind. Ein den Gegenstand des Abkommens abdeckendes Übereinkommen der EU besteht nicht.

**Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:**

Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 9 Abs. 1 zweiter Satz B-VG.

12

747 der Beilagen

## **Erläuterungen**

### **Allgemeiner Teil**

Das gegenständliche Abkommen ist gesetzändernd bzw. Gesetzesergänzend und bedarf daher gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Da das Abkommen auch Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, regelt, bedarf es gemäß Artikel 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG auch der Zustimmung des Bundesrates. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodass eine Erlassung von Gesetzen gemäß Artikel 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden Bestimmungen. Die einzelnen EU-Mitgliedstaaten schließen analoge Abkommen mit Drittländern ab.

Investitionsschutzabkommen werden üblicherweise zwischen Industriestaaten einerseits und wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern andererseits abgeschlossen. Ihr Ziel ist es, Investitionstätigkeit zu fördern und getätigte Investitionen zu schützen. Es liegt in den wirtschaftlichen Gegebenheiten, dass Investitionen in erster Linie von den Industriestaaten in die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder fließen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass der Investitionsfluss auch eine umgekehrte Richtung nimmt. Ein Industriestaat muss daher grundsätzlich bei der Verhandlung solcher Abkommen auf diese Möglichkeit im Lichte seiner eigenen Wirtschaftsstruktur sowie seiner Gesetzgebung Bedacht nehmen.

Da die Grundaufgabe von Investitionsschutzabkommen in jedem Fall die gleiche ist, und da die von Österreich angestrebten Investitionsschutzabkommen im Regelfall ausgehend von einem, von einem OECD-Basisentwurf abgeleiteten, österreichischen Mustervertrag verhandelt werden, sind die Abkommensinhalte einander im Allgemeinen in hohem Maße ähnlich bis identisch. Nennenswerte Abweichungen ergeben sich in der Regel bei Fragen der Streitbeilegung zwischen einer Vertragspartei und einem Investor und bei den Modalitäten des Devisentransfers.

Die Vertragsparteien sichern sich die Meistbegünstigung und Inländergleichbehandlung zu. Die Bestimmungen des österreichischen Fremdenrechtes bleiben davon unberührt.

Es kann erwartet werden, dass die österreichische Wirtschaft in Zukunft von der Möglichkeit zu Investitionstätigkeiten in der Republik Moldau in vermehrtem Maße Gebrauch macht. Auch seitens der Republik Moldau besteht Interesse an Investitionen aus Österreich sowie die Bereitschaft, durch entsprechende innerstaatliche Regelungen ausländische Investitionstätigkeit zu fördern. Ziel des gegenständlichen Abkommens ist es, die österreichischen Firmen bei ihren Investitionsbemühungen in der Republik Moldau zu unterstützen und sie gegen dabei allenfalls entstehende Risiken abzusichern.

Besondere Bedeutung kommt der Regelung der Entschädigung im Falle der Verstaatlichung oder jeder sonstigen Maßnahme mit einer der Enteignung gleichkommenden Wirkung zu. Einen wichtigen Vertragsbestandteil bilden ferner die Bestimmungen betreffend den Transfer von Erträgen aus Investitionen, von Rückzahlungen von in Devisen gewährten Darlehen, von Erlösen aus der Liquidation oder Veräußerung von Investitionen und von Entschädigungen im Enteignungsfall.

Bei Streitigkeiten zwischen einem Investor und einem Vertragsstaat sieht das Abkommen ein Schiedsverfahren vor. Streitigkeiten aus einer Investition zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei, die auf dem Verhandlungswege nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten beigelegt werden können, können auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten im Sinne der Washingtoner Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten vom 18. März 1965 oder einem auf Grund der UNCITRAL-Regeln errichteten Ad-hoc-Schiedsgericht unterbreitet werden.

### **Besonderer Teil**

#### **Präambel:**

Diese enthält im Wesentlichen die Motive der vertragschließenden Parteien.

#### **Artikel 1**

Dieser Artikel dient dazu, die im Abkommen vorkommenden wesentlichen Begriffsinhalte zu definieren.

Der Begriff „Investition“ ist sowohl inhaltlich als auch durch eine umfangreiche, wenn auch nicht erschöpfende Aufzählung von Vermögenswerten definiert. Die Aufzählung folgt einem internationalen Standard.

Der Begriff „Investor“ wird in Bezug auf die Vertragsparteien in zweierlei Weise definiert: im Falle natürlicher Personen durch die Staatsangehörigkeit, im Falle juristischer Personen usw. durch eine Berücksichtigung der Sitz- und Kontrolltheorie.

Die Definition der „Erträge“ entspricht sowohl inhaltlich als auch in der demonstrativen Aufzählung internationaler Praxis.

## **Artikel 2**

behandelt unter einem allgemeinen Gesetzesvorbehalt die Förderung und den Schutz von Investitionen.

Absatz 1 enthält eine Vertragsbestimmung allgemeiner Natur. Konkrete Maßnahmen sind nicht angesprochen, vielmehr ist den Vertragsparteien bei der Gestaltung dieser Maßnahmen, unter der Bedingung der Gerechtigkeit und Billigkeit, freie Hand gelassen.

Die Bestimmungen des österreichischen Fremdenrechts werden hievon nicht berührt.

Absatz 2 bezieht neben den Investitionen auch deren Erträge und im Falle der Wiederveranlagung der Erträge auch deren Erträge in den Schutz des Abkommens ein. Außerdem legt er fest, wann eine neue Investition vorliegt.

## **Artikel 3**

enthält hinsichtlich der getätigten Investitionen und der Investoren in Absatz 1 das Prinzip der Meistbegünstigung und Inländergleichbehandlung.

Absatz 2 schließt aus, dass die Bestimmungen gemäß Absatz 1 dahingehend ausgelegt werden, dass sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei den gegenwärtigen oder künftig sich ergebenden Vorteil aus einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privilegs aus

- a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft,
- b) aus einem internationalen Abkommen, einer zwischenstaatlichen Vereinbarung oder innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen und
- c) einer Regelung zur Erleichterung des Grenzverkehrs

zu gewähren.

## **Artikel 4**

behandelt die Frage der Entschädigung eines Investors für den Fall einer Enteignung durch eine Vertragspartei und ist somit als einer der wichtigsten Artikel des Abkommens anzusehen.

In Absatz 1 wird die Enteignung durch Bindung an drei Bedingungen hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit wesentlich eingegrenzt. Sie darf nur

1. im öffentlichen Interesse
2. unter Einhaltung eines rechtmäßigen Verfahrens und
3. gegen Bezahlung einer Entschädigung

erfolgen.

In Absatz 2 ist die Entschädigungspflicht so formuliert, dass sie eine weitestgehende Wertsicherung und Verwertbarkeit für die betroffenen Vermögenswerte garantiert. Die Entschädigung muss dem realen Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche Maßnahme der Enteignung gesetzt oder die bevorstehende Enteignung bekannt wurde, je nachdem welcher Zeitpunkt früher liegt.

Absatz 3 stellt sicher, dass auch österreichische Miteigentümer einer Investition, die im Eigentum eines moldauischen Investors steht, im Falle einer Enteignung entschädigt werden.

Absatz 4 gibt dem Investor das Recht, die Rechtmäßigkeit der Enteignung durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlasst hat, überprüfen zu lassen.

Absatz 5 räumt dem Investor das Recht ein, die Höhe und Zahlungsmodalitäten der Entschädigung entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlasst hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht überprüfen zu lassen.

## **Artikel 5**

behandelt die Frage der Entschädigung eines Investors für den Fall von kriegerischen Auseinandersetzungen oder ähnlichen Ereignissen auf dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei und sieht auch für solche Fälle die Inländergleichbehandlung bzw. Meistbegünstigung vor.

**Artikel 6**

bildet eine notwendige und klarstellende Ergänzung zu den vorangegangenen Artikeln, besonders zu den Artikeln 4 und 5, insofern er das Verfügungs- bzw. Repatriierungsrecht des Investors über alle vorher genannten Vermögenswerte durch Regelung der Überweisbarkeit von Zahlungen aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei garantiert.

Absatz 1 garantiert den freien Transfer ohne ungebührliche Verzögerung in frei konvertierbarer Währung für Zahlungen im Zusammenhang mit einer Investition, und zwar insbesondere für Investitionserträge, Rückzahlungen von Darlehen, Erlösen aus Liquidation oder Veräußerung und Entschädigung.

Absatz 2 und 3 regeln die Frage des anzuwendenden Wechselkurses und dessen Festlegung.

**Artikel 7**

Da Investitionen seitens öffentlicher Stellen des Staates, dem der Investor angehört, vielfach mit Garantien ausgestattet werden, sieht dieser Artikel vor, dass im Falle des Eintrittes des Garantiegebers in die Rechte des Garantienhmers dieser Eintritt von der anderen Vertragspartei anerkannt wird.

**Artikel 8**

Absatz 1 bestimmt, dass Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder völkerrechtliche Verpflichtungen einer Vertragspartei, die eine günstigere Behandlung als das Abkommen vorsehen, dem Abkommen insoweit vorgehen, als sie günstiger sind.

Absatz 2 erlegt den Vertragsparteien die Beachtung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen in Bezug auf genehmigte Investitionen auf.

**Artikel 9**

Bei Streitigkeiten zwischen einem Investor und einem Vertragsstaat soll im Sinne des Abkommens zunächst eine Beilegung auf freundschaftlichem Weg versucht werden. Können Streitigkeiten aus einer Investition zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei, die auf dem Verhandlungswege nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten beigelegt werden, kann sie der Investor oder die Vertragspartei entweder dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten im Sinne der Washingtoner Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten vom 18. März 1965 oder einem Streitschlichtungsverfahren nach den Regeln der UNCITRAL unterbreiten.

**Artikel 10**

Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung des vorliegenden Vertrages zwischen den Vertragsparteien können, sobald eine Beilegung innerhalb von sechs Monaten nicht möglich ist, ebenfalls einem Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreitet werden.

**Artikel 11**

sieht die Geltung des Abkommens sowohl für Investitionen, die vor Abschluss wie auch solche, die nach Abschluss des Abkommens getätigt wurden, vor.

**Artikel 12**

stipuliert die Ratifikationsbedürftigkeit. Die Abkommensdauer wird mit zehn Jahren ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens festgelegt und verlängert sich danach auf unbestimmte Zeit. Eine Kündigung ist unter Einhaltung einer zwölfmonatigen Kündigungsfrist möglich.